SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

# Das Anti-NGO-Narrativ: Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren

Hummel, Siri; Schubert, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**
Hummel, S., & Schubert, P. (2025). *Das Anti-NGO-Narrativ: Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren.* (Opuscula, 200). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-104718-8

**Nutzungsbedingungen:**
*Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:*
*https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de*

**Terms of use:**
*This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:*
*https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0*

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

MAECENATA

Siri Hummel, Peter Schubert

# Das Anti-NGO-Narrativ

Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren

Opusculum Nr. 200
September 2025

## Die Autor*innen

**Dr. Siri Hummel** ist Politikwissenschaftlerin und Direktorin des Maecenata Instituts.

**Dr. Peter Schubert** ist Sozialwissenschaftler und Leiter von ZiviZ im Stifterverband.

## Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.
Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin. Weitere Informationen unter: https://www.maecenata.eu/ueber-uns/das-institut/

## Die Reihe Opuscula

Die **Reihe Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für volle Zitierfähigkeit. Durch die Kooperation mit dem Social Science Open Access Repository (SSOAR) Projekt ist eine dauerhafte Verfügbarkeit aller Ausgaben mit fester URL-Adresse sichergestellt. Eine Übersicht der neuesten Exemplare ist auf der letzten Seite jeder Ausgabe zu finden.

Die gesamte Reihe Opuscula finden Sie zum kostenlosen Download unter:
https://www.maecenata.eu/publikationen/opuscula/

## Impressum

**Herausgeber**
MAECENATA INSTITUT
Wallstraße 15a, D-10179 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 11,

E-Mail: mi@maecenata.eu
Website: www.maecenata.eu

**Redaktion: Lisa Klisch, Charlotte Kruppa, Kira Bönisch**

**ISSN** (Web) 1868-1840
**URN:** urn:nbn:de:0168-ssoar-104718-8

Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz.
Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

**Haftungsausschluss:** Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.
Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

**Maecenata Institut, Berlin 2025**

## Inhaltsverzeichnis

Worum geht es? ..... 1

Was sind die Vorwürfe? ..... 2

Wie darauf antworten? ..... 4

Zunächst: Was ist Zivilgesellschaft wirklich? ..... 4

Die Vorwürfe gegenüber (einigen) politisch aktiven Organisationen ..... 10

Rhetorik der Polarisierung ..... 21

Fazit ..... 22

Literatur ..... 23

## Worum geht es?

Die politische Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen (ZGO) steht unter Beschuss. Im Zentrum der Kritik: der Vorwurf, sie betrieben parteipolitische Einflussnahme unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit – finanziert mit öffentlichen Mitteln. Was als pluralistischer Ausdruck gesellschaftlichen Engagements gilt, wird insbesondere von rechts zum Gegenstand einer normativen Delegitimierung. Die Argumentationslinie ist klar: ZGO, häufig als steuerbegünstigt anerkannt und mit staatlichen Fördermitteln ausgestattet, hätten sich zu politischen Akteuren entwickelt, die ihre formale Neutralität unterlaufen. Neben der AfD formulierte auch die CSU in ihrem Bundestagswahlprogramm 2025 die Forderung, „linke Vorfeldorganisationen“ nicht länger aus Steuergeldern zu finanzieren (CSU 2025, S.21). Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion legte mit einer Kleinen Anfrage nach und warf Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) zudem vor, gezielt gegen die Union zu mobilisieren – ein angeblicher Verstoß gegen das Gemeinnützigkeitsrecht (Deutscher Bundestag 2025).

Solche Narrative sind nicht neu, gewinnen aber aktuell an Schärfe und Reichweite und gelangen zunehmend in die breite Öffentlichkeit. Die diffamierenden Begriffe und Erzählungen zielen auf eine systematische Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Einflussnahme – und verkennen dabei bewusst die demokratische Funktion von Protest, Kritik und Interessenvertretung jenseits parteipolitischer Logik.

Als einführende Bemerkung sei gesagt: Der Wille zu einer argumentativ redlichen Auseinandersetzung scheint in der aktuellen Kampagne gegen zivilgesellschaftliche Organisationen oft zweifelhaft. Vieles deutet darauf hin, dass es den Akteuren weniger um eine sachliche Kritik als um die diskursive Schwächung zivilgesellschaftlicher Legitimität geht. Dennoch soll hier der Versuch unternommen werden, eine wissensbasierte Auseinandersetzung zu führen, die über eine bloße Replik hinausgeht.

Im Sinne einer exemplarischen Analyse sollen anhand von Björn Harms’ Buch *Der NGO-Komplex*, ausgewählten Artikeln aus der *Welt* sowie einschlägigen Social Media Beiträgen auf Plattformen wie *Nius* die zentralen Elemente des Anti-NGO-Narrativs rekonstruiert und die dahinterliegenden Delegitimierungsdynamiken analytisch herausgearbeitet werden. Anschließend werden die Argumente anhand der empirischen Datenlage kritisch gespiegelt, um ihre Tragfähigkeit zu bewerten.

## Was sind die Vorwürfe?

Die Kritik an ZGO speist sich aus einer Reihe von Argumenten, die nicht immer sauber voneinander getrennt angeführt werden. In der Rekonstruktion sind dies vor allem:

### Vorwurf 1: Fehlende politische Neutralität und vernetzte Machtstrukturen

NGOs gelten formal als gemeinnützig und damit als parteipolitisch neutral. Harms und andere Kritiker*innen behaupten jedoch, viele Organisationen agierten faktisch als verlängerter Arm linker oder progressiver Bewegungen. Diese ideologische Schlagseite widerspreche der gemeinnützigen Logik, die auf gesamtgesellschaftlichen Nutzen und nicht auf parteiische Interessen verpflichtet sei. Es wird argumentiert, es existiere ein enges Netzwerk zwischen NGOs, Politik und Medien, das es ermögliche, gezielt linke Agenden zu finanzieren und durchzusetzen. Dieses Netzwerk operiere jenseits demokratischer Legitimation, speise sich aus gegenseitiger Bestätigung und trage so zur strukturellen Stärkung bestimmter Weltanschauungen bei.

### Vorwurf 2: Kritik der fehlenden demokratischen Legitimation

NGOs übten erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse aus, verfügten aber selbst über keinerlei demokratische Legitimation, da sie nicht gewählt wären. Bei diesem Vorwurf wird eine Art „antidemokratischen Machteinfluss“ diagnostiziert, der im Gegensatz zu klassischen Lobbytheorien nicht primär von wirtschaftlich starken Akteuren, sondern von zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgehe.

### Vorwurf 3: Ökonomische Interessen hinter Gemeinnützigkeit

Besonders zugespitzt ist der Vorwurf, dass NGOs verdeckte Profitinteressen verfolgen. Begriffe wie „Asylindustrie“ (Harms 2025, S. 208) unterstellen, dass Organisationen, die formal als Non-Profit auftreten, faktisch in For-Profit-Logiken eingebunden seien – etwa durch Auftragsprojekte, Spendenakquise oder Personalinteressen. Damit soll das moralische Selbstbild der NGOs als uneigennützige Akteure entlarvt werden.[1]

### Vorwurf 4: Fehlende Transparenz und Kontrolle

Sowohl der Staat als auch die NGOs selbst würden unzureichende Rechenschaft über finanzielle Mittel ablegen. Insbesondere die Mittelvergabe durch staatliche Stellen – etwa in den Bereichen Migration, Entwicklungshilfe oder Demokratieförderung – erfolge intransparent, ohne

[1] Siehe beispielsweise auch den Screenshot eines Social Media Posts von *Nius* unter https://imgur.com/a/1Z3a2ij

systematische parlamentarische Kontrolle oder öffentliche Legitimation. Kritiker*innen wie Harms oder die AfD sehen darin eine Form der „Steuerverschwendung“, da teils Millionenbeträge ohne ausreichende Erfolgskontrolle in den zivilgesellschaftlichen Sektor flössen.[2] Vorwürfe, der gemeinnützige Sektor sei ein künstlich aufgeblähter Apparat, der ineffizient arbeite und öffentliche Mittel in Form von Steuergeldern verschwende, herrschen hier vor.

### Vorwurf 5: Zensur und Einschränkung der Meinungsfreiheit

Schließlich gibt es das Narrativ, NGOs beteiligten sich aktiv an der Einschränkung von Meinungsfreiheit, indem sie über mediale und politische Einflusskanäle gesellschaftlich unerwünschte Positionen delegitimieren oder *canceln*. Diese Kritik richtet sich vor allem gegen NGOs im Bereich Antidiskriminierung, Antirassismus oder Gendergerechtigkeit, denen vorgeworfen wird, kritische Stimmen mundtot zu machen.[3]

Die genannten Vorwürfe lassen sich als Versuch lesen, die Legitimität von ZGO in Frage zu stellen, indem sie von moralischen Akteuren zu machtpolitischen oder gar profitorientierten Akteuren umgedeutet werden. Der NGO-Sektor erscheint so nicht mehr als Ausdruck gesellschaftlicher Pluralität, sondern als einflussreicher Player in einem machtverzahnten System aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft, das demokratische Verfahren und Neutralitätsgebote unterlaufe.

[2] Siehe beispielsweise auch den Screenshot eines Social Media Posts von AfD: https://imgur.com/a/8bHlj4n
[3] Siehe beispielsweise auch den Screenshot eines Social Media Posts von AfD: https://imgur.com/a/evAl2FS

## Wie darauf antworten?

### Zunächst: Was ist Zivilgesellschaft wirklich?

Ein zentrales Problem in der Anti-NGO-Argumentation ist das Fehlen analytischer Differenzierungen, das zu einer gravierenden Verkürzung des Zivilgesellschaftsbegriffs führt. Harms zum Beispiel unterscheidet weder zwischen Protestinitiativen, eingetragenen Vereinen, transnationalen Netzwerken, professionalisierten NGOs noch lokalen Ehrenamtsstrukturen. Stattdessen operiert er mit pauschalen Sammelbegriffen wie „NGOs“ oder „Zivilgesellschaft“, die er negativ auflädt. So heißt es etwa:

> „Tatsächlich sammeln sich unter dem Deckmantel des Begriffs [Zivilgesellschaft] vor allem linke Lobbygruppen, die direkt von den Futtertrögen des Staates abhängen. […] Trotz ihrer technisch privaten Rechtsform werden diese Vereine und Lobbygruppen routinemäßig als Instrumente der Staatspolitik eingesetzt.“ (Harms 2025, S. 27.)

Zur Einordnung: Die Zivilgesellschaft umfasst in Deutschland 662.789 rechtsförmig organisierte Akteure – von Sport-, Kultur- und Heimatvereinen über Wohlfahrtsverbände bis hin zu Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen. Im Vereinsregister sind gemäß den derzeit aktuellsten Daten aus den Geschäftsübersichten der Amtsgerichte für das Jahr 2023 619.940 Vereine erfasst (Bundesamt für Justiz 2025). Die Zahl der rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts beläuft sich auf 26.349 (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2025). Hinzu kommen rund 14.500 gemeinnützige Kapitalgesellschaften sowie rund 2.000 gemeinwohlorientierte Genossenschaften (Schubert et al. 2023). Zählt man informelle Initiativen und Bewegungen hinzu, die mangels Registrierung nur geschätzt werden können, ergibt sich ein Gesamtbestand von etwa 800.000 Organisationen und Initiativen (Strachwitz et al. 2020).

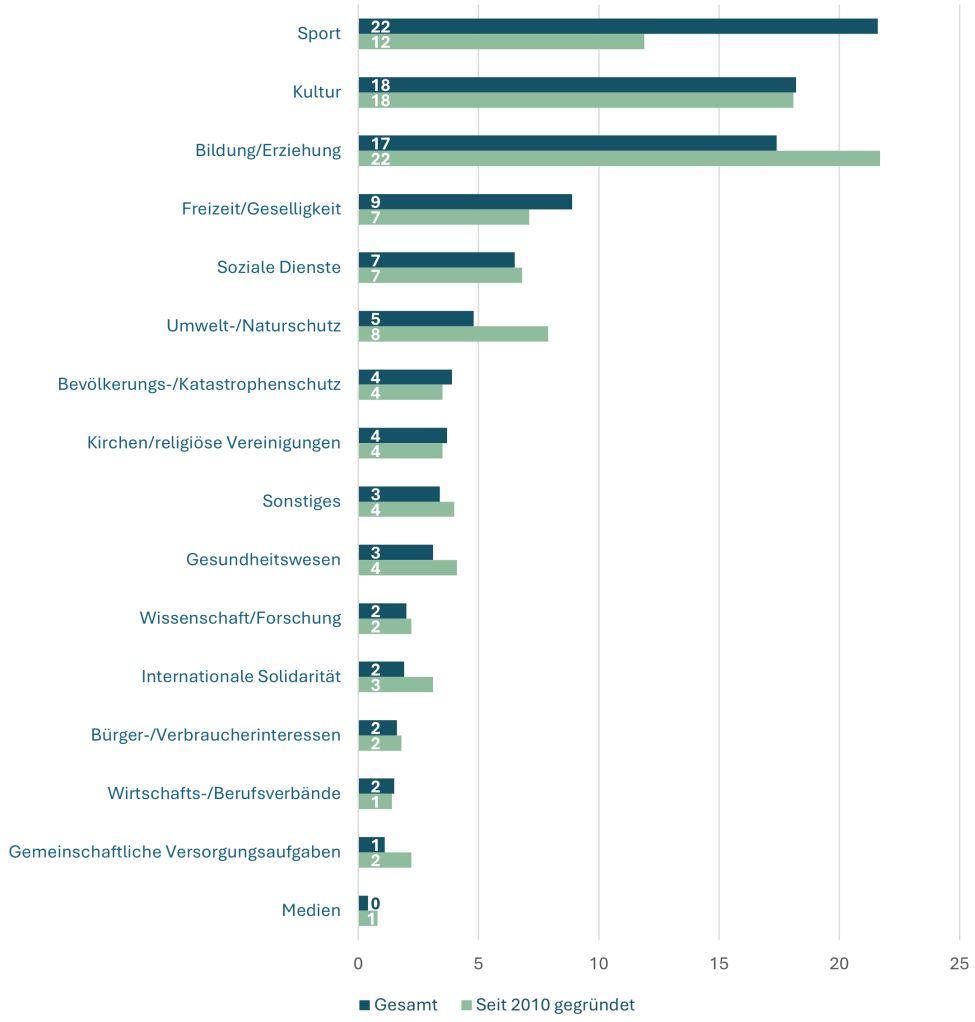
Ein Großteil der eingetragenen Vereine und anderer Organisationen verfügt über einen anerkannten Gemeinnützigkeitsstatus. Das Zuwendungsempfängerregister, das auf Daten der Finanzämter beruht und alle steuerbegünstigten Organisationen ausweist, verzeichnet derzeit mehr als 500.000 Organisationen.

In der wissenschaftlichen Definition bezeichnet Zivilgesellschaft die öffentliche Sphäre jenseits von Staat und Markt, in der Bürgerinnen und Bürger auf Basis gemeinsam geteilter Werte und Ziele zusammenkommen, um gesellschaftliche Interessen zu artikulieren. Sie umfasst damit Räume, in denen Grundrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit aktiv ausgeübt werden können (Hummel 2024). Diese Definition schließt explizit auch unpolitische und lokale Akteure mit ein und macht deutlich, dass Zivilgesellschaft kein homogenes, ideologisch geschlossenes Feld ist. Die pauschale Redeweise im Anti-NGO-Narrativ führt also nicht nur zu analytischen Unschärfen,

sondern auch zu einer diskursiven Verzerrung, die das öffentliche Bild von Zivilgesellschaft einseitig verengt und damit den Blick auf ihre demokratische Funktion verstellt.

Die Zahl an zivilgesellschaftlichen Organisationen ist in den vergangenen Jahren insgesamt gestiegen. Bei Vereinen zeigt sich beispielsweise im Zeitverlauf ein moderates Wachstum: Während im Jahr 2013 insgesamt 591.759 Vereine im Vereinsregister eingetragen waren, lag die Zahl 2023 bei 619.940 (Bundesamt für Justiz 2025). Dies entspricht einem Zuwachs von knapp fünf Prozent innerhalb von zehn Jahren. Dass dieses Wachstum in erster Linie – wie von Harms und anderen nahegelegt – auf eine steigende Zahl an *Advocacy*-NGOs zurückzuführen sei, ist allerdings ein Trugschluss. Tatsächlich ist ein Anstieg in allen Handlungsfeldern zu beobachten. Abbildung 1 verdeutlicht, dass Bereiche wie Umwelt- und Naturschutz, internationale Solidarität oder Bürger- und Verbraucherinteressen, in denen *Advocacy*-Organisationen typischerweise angesiedelt sind, nur einen geringen Teil der Neugründungen ausmachen. Zahlenmäßig werden weiterhin in den drei großen Engagementfeldern Bildung, Kultur und Sport die meisten Organisationen gegründet.

**Abbildung 1: Engagementfelder zivilgesellschaftlicher Organisationen** (Anteile in Prozent)




Datenbasis: ZiviZ-Survey 2023, N = 12.792, gewichtet.

Hätten sich die Kritiker*innen die Mühe gemacht, den Unterschied zwischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) systematisch zu ergründen, wäre ihnen aufgefallen, dass es vor allem die Professionalisierung ist, die NGOs als spezifische Teilgruppe innerhalb der Zivilgesellschaft auszeichnet. Während der Großteil der Zivilgesellschaft aus ehrenamtlich getragenen, lokal verankerten Strukturen wie Sportvereinen, Kulturinitiativen, Nachbarschaftsprojekten oder Selbsthilfegruppen besteht, sind NGOs typischerweise hochgradig professionalisierte Akteure mit festen Mitarbeiter*innen, strategischer Öffentlichkeitsarbeit, fundiertem Fachwissen und oft internationaler Reichweite.

Nach Helmut K. Anheier (2014) lassen sich NGOs als formale, organisational stabile, nicht-staatliche, nicht-profitorientierte und selbstverwaltete Akteure definieren, die meist auf bestimmte Zwecke wie Menschenrechte, Umweltschutz, Entwicklung oder soziale Gerechtigkeit spezialisiert sind. Charakteristisch ist dabei nicht nur ihre thematische Ausrichtung, sondern auch ihre Ressourcenausstattung: NGOs sind auf Spenden, Drittmittel, Projektförderung und institutionelle Zuschüsse angewiesen, verfügen über hauptamtliche Strukturen und bedienen sich professioneller Kommunikations- und Lobbystrategien.

Diese Form der organisatorischen Professionalisierung unterscheidet NGOs fundamental von der breiten Landschaft anderer zivilgesellschaftlicher Akteure, die überwiegend lokal, ehrenamtlich und nicht-politisch arbeiten. Die pauschale Gleichsetzung von NGOs mit „der Zivilgesellschaft“ verkennt damit nicht nur die empirische Vielfalt des Feldes, sondern auch die unterschiedlichen Funktionslogiken, Reichweiten und Ressourcenlagen. Es werden die Eigenschaften eines kleinen, sichtbaren Segments der Zivilgesellschaft (NGOs) auf das gesamte Feld extrapoliert – ein analytischer Kurzschluss, der die Argumentation verzerrt und den demokratischen Stellenwert zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation systematisch unterminiert. Viele der unter dem Anti-NGO-Narrativ angegriffenen Organisationen und Initiativen, wie beispielsweise Omas gegen Rechts, haben längst nicht den Professionalisierungsgrad, der ihnen zugeschrieben wird. Zudem wäre es korrekter, von politisch aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen zu sprechen. Deswegen wird in diesem Text im Weiteren der Begriff der zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) verwendet.

In den Daten zeigt sich auch, dass sich nur ein kleineres Segment der Zivilgesellschaft überhaupt als politischer Akteur versteht. So wurde im ZiviZ-Survey auf einer Skala von 1 (trifft überhaupt nicht zu) bis 5 (trifft voll und ganz zu) abgefragt, inwiefern sich die Organisationen als Akteure der politischen Willensbildung verstehen. Unter allen Organisationen ergab sich ein Durchschnittswert von M = 1,9. Insgesamt stimmen nur rund 6 Prozent dem Selbstverständnis als Akteur der politischen Willensbildung voll zu (Schubert et al. 2023; ZiviZ-Survey 2023, S. 25). Der überwiegende Teil der

Organisationen in Deutschland versteht sich primär als sozial, kulturell oder gemeinschaftlich tätige Akteure – nicht als politische Interessensvertreter*innen oder als Teil einer „politischen Agenda“.

Auch unter Beachtung der Gründungsjahre zeigt sich kein anderes Bild (siehe Abbildung 2); von einer dramatischen Ausweitung der ‚politisierten‘ Zivilgesellschaft, wie es etwa Harms in seinem Buch andeutet, kann daher keine Rede sein.

**Abbildung 2: Selbstverständnis zivilgesellschaftlicher Organisationen nach Gründungsjahren**

„Wir verstehen uns als …“ (Mittelwerte auf Skala von 1 „trifft gar nicht zu“ bis 5 „trifft voll zu“)

| | Mitglieder-organi-sation | Dienst-leister | Interessen-vertreter | Gemein-schaft Gleich-gesinnter | Akteur der politischen Willens-bildung | Förder-organi-sation | Impuls-geber für sozialen Wandel | Sozial-unter-nehmen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| vor 1950 | 4,0 | 2,7 | 3,0 | 4,3 | 1,6 | 2,6 | 2,4 | 2,4 |
| 1950–1959 | 3,9 | 2,9 | 3,1 | 4,2 | 1,8 | 2,6 | 2,4 | 2,4 |
| 1960–1969 | 3,8 | 2,8 | 3,0 | 4,2 | 1,7 | 2,6 | 2,2 | 2,4 |
| 1970–1979 | 3,7 | 2,7 | 3,2 | 4,1 | 1,8 | 2,8 | 2,4 | 2,4 |
| 1980–1989 | 3,6 | 2,8 | 3,3 | 4,0 | 2,0 | 3,0 | 2,5 | 2,4 |
| 1990–1999 | 3,6 | 2,9 | 3,4 | 4,0 | 2,0 | 3,3 | 2,6 | 2,5 |
| 2000–2009 | 3,4 | 2,8 | 3,2 | 3,8 | 1,9 | 3,6 | 2,6 | 2,5 |
| seit 2010 | 3,3 | 2,8 | 3,3 | 4,0 | 2,1 | 3,4 | 3,0 | 2,6 |

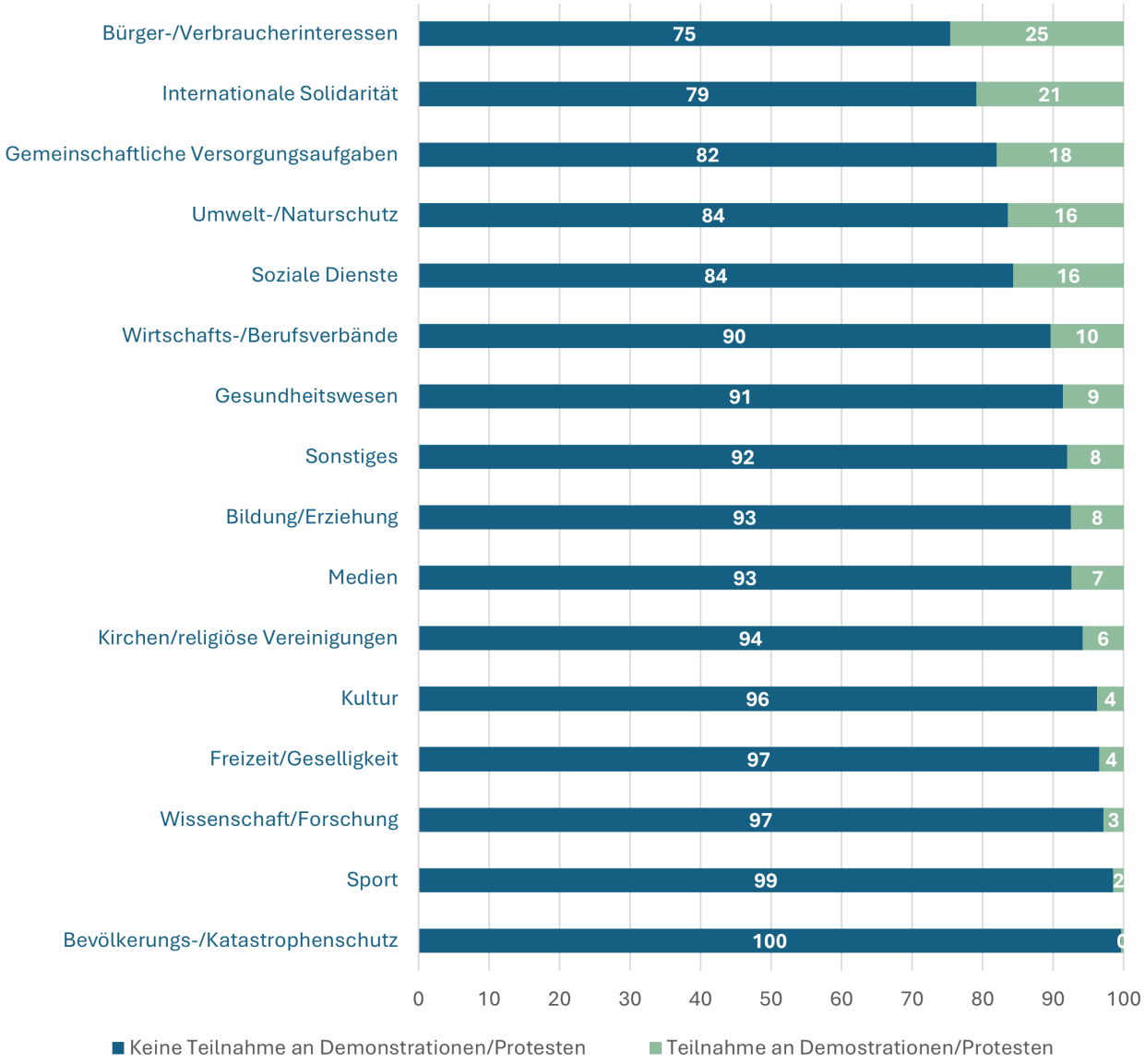
Niedrigster Wert  Höchster Wert

Quelle: ZiviZ-Survey 2023, Tabelle 7; N = 10.902–11.625, gewichtet.

Dasselbe Bild zeigt sich, wenn wir betrachten, in welchen Engagementfeldern sich Organisationen tatsächlich an Demonstrationen oder Protestaktionen beteiligen. Abbildung 3 macht deutlich, dass die große Mehrheit in allen Feldern nicht politisch aktiv ist. Am häufigsten beteiligen sich Organisationen an Demonstrationen, die in den Bereichen Bürger- und Verbraucherinteressen (25 Prozent), internationale Solidarität (21 Prozent) oder gemeinschaftliche Versorgungsaufgaben (18 Prozent) tätig sind. Auch im Umwelt- und Naturschutz sowie in den sozialen Diensten liegt der Anteil politisch aktiver Organisationen bei lediglich 16 Prozent. In allen anderen Feldern sinkt die Beteiligung noch weiter ab und bewegt sich meist im einstelligen Bereich. Besonders gering ist die Teilnahmequote im Sport (2 Prozent) und im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz (0 Prozent).

Damit zeigt sich erneut: Politische Protestformen sind ein Randphänomen in der deutschen Zivilgesellschaft. Selbst in Feldern, die typischerweise mit politischem Engagement assoziiert werden, beteiligt sich nur ein kleiner Teil der Organisationen an Demonstrationen. Der überwiegende Teil versteht sich und handelt primär als sozial, kulturell oder gemeinschaftlich tätige Akteure – nicht als politische Interessensvertretungen.

**Abbildung 3: Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an Demonstrationen nach Engagementfeldern**




Datenbasis: ZiviZ-Survey 2023, N=12.792, gewichtet.

Mit verallgemeinernden Formulierungen, die sich auch in den Artikeln der *Welt* oder den Videos von *Nius* finden (siehe Hummel/Nicke/Oellers 2025), wird die gesamte Zivilgesellschaft in Haftung für die Anschuldigungen genommen und ein verzerrtes Bild gezeichnet. Die extreme Heterogenität und Vielgestaltigkeit des zivilgesellschaftlichen Sektors wird auf eine kleine Teilmenge politisch aktiver, oft progressiver Organisationen reduziert, die als staatlich alimentierte „linke Lobby" etikettiert werden. Damit wird nicht nur die Vielfalt der Akteurslandschaft verkannt, sondern auch die grundlegende Funktion zivilgesellschaftlicher Räume in einer Demokratie. Diese pauschalisierende Vorgehensweise birgt ein erhebliches Risiko für die Demokratie: Sie kann zur generellen Delegitimation zivilgesellschaftlichen Engagements führen und dessen integrative Funktion nachhaltig beschädigen. Indem politisch aktive NGOs unterschiedslos unter Verdacht gestellt und ihre Motive diskreditiert werden, wird nicht nur deren spezifisches Wirken und ihre allgemeine Funktion als „sozialer Kitt" der Gesellschaft infrage gestellt, sondern der gesamte Sektor als politisch einseitig, abhängig und illegitim dargestellt.

Eine solche Rhetorik erzeugt ein Klima des Misstrauens gegenüber zivilgesellschaftlicher Beteiligung insgesamt und befördert eine Spaltung innerhalb der Zivilgesellschaft – etwa zwischen „guten" unpolitischen Vereinen und „verdächtigen" politisch engagierten Akteuren. Die Folge wäre eine schleichende Entpolitisierung des gemeinwohlorientierten Engagements, das gerade in pluralistischen Demokratien eine unverzichtbare Rolle spielt: als Korrektiv, als Artikulationsraum für Minderheiteninteressen, als Frühwarnsystem gegenüber autoritären Entwicklungen. Wer Zivilgesellschaft pauschal politisch delegitimiert, schwächt nicht nur bestimmte Organisationen, sondern trifft das Fundament demokratischer Selbstorganisation.

## Die Vorwürfe gegenüber (einigen) politisch aktiven Organisationen

Das fehlende Sachwissen über die Breite und Differenziertheit zivilgesellschaftlicher Strukturen einmal beiseitegelassen, stellt sich die Frage: Welche konkreten Vorwürfe erhebt das Anti-NGO-Narrativ gegen die politisch aktiven ZGO, die im Zentrum der Kritik stehen?

### *Fehlende politische Neutralität und linke Machtstrukturen*

Zunächst richtet sich die Kritik nicht prinzipiell gegen politisch aktive zivilgesellschaftliche Organisationen, sondern gezielt gegen solche mit linker, progressiver oder grüner Ausrichtung. Dabei stehen insbesondere Organisationen im Zentrum, die in Feldern wie Antirassismus und Kampf gegen Rechts (etwa die Amadeu Antonio Stiftung oder Aktion Courage), Demokratieförderung, migrantischen Selbstorganisationen (wie DaMigra), LGBTQ-Verbänden, Klima- und Umweltbewegungen sowie in der Geflüchtetenhilfe (etwa Pro Asyl oder Sea-Watch) tätig sind.

Bemerkenswert ist, dass Harms oder die *Nius* Posts politisch aktive Akteure mit konservativer, marktwirtschaftlicher oder wirtschaftsnaher Orientierung in ihrer Kritik völlig ausklammern. Organisationen wie die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung, der Bund der Steuerzahler, wirtschaftsnahe Thinktanks wie die Stiftung Marktwirtschaft oder familienpolitische Verbände mit konservativem Profil bleiben in ihrem Narrativ unsichtbar. Damit entsteht ein sehr einseitiges Bild: Politische Zivilgesellschaft erscheint als exklusiv linkes oder progressives Projekt, während andere politische Akteursgruppen nicht als Teil derselben Struktur reflektiert werden. Diese selektive Perspektive verzerrt nicht nur das empirische Feld, sondern unterschlägt, dass auch wirtschaftsnahe, marktradikale oder konservative NGOs aktiv in gesellschaftliche Diskurse, Lobbying und Willensbildungsprozesse eingreifen und ebenfalls staatliche Förderung, Mitgliedsbeiträge oder privatwirtschaftliche Unterstützung erhalten.

Ein zentraler Schwachpunkt in den Debattenbeiträgen der *Welt*, *Nius* oder in Harms' Argumentation ist der implizite Vorwurf eines ungleichgewichtigen politischen Einflusses linker oder progressiver NGOs. Diese These widerspricht jedoch grundlegenden Befunden der empirischen Lobbyismusforschung (vgl. Kleinfeld 2007; Schiffers 2016; Von Winter 2024). Studien zeigen seit Jahren, dass politisch aktive gemeinnützige Organisationen (Non-Profit-Lobby, oder Gemeinwohl-*Advocacy*) in ihrer strukturellen Ausstattung und ihrem Zugang zu Entscheidungsträger*innen quantitativ und qualitativ weit hinter der Wirtschafts- und Unternehmenslobby zurückbleiben (Spohr 2022, 2023; Hummel et al. 2023).

So zeigen viele Studien und Analysen, dass Akteure aus der Wirtschaft über unvergleichlich höhere finanzielle Ressourcen, stabilere institutionelle Netzwerke und einen direkteren Zugang zu legislativen Prozessen verfügen als Non-Profit-Organisationen (Lange et al. 2021; von Winter 2024). Während sich ZGO im Bereich Klima, Menschenrechte oder soziale Gerechtigkeit meist aus projektgebundenen Mitteln, Spenden oder öffentlichen Förderprogrammen finanzieren und ihre Lobbyarbeit häufig unter prekären Bedingungen leisten, können Unternehmensverbände, Kammern oder privatwirtschaftliche Thinktanks auf millionenschwere Budgets, professionelle Public-Affairs-Abteilungen und jahrzehntelang etablierte Zugänge in Ministerien, Ausschüssen und Fraktionen zurückgreifen (ebd.).

### *Und wie hält es sich mit dem Vorwurf, die Zivilgesellschaft sei von staatlicher Finanzierung abhängig und damit „lenkbar"?*

Auch hier zeigt die Empirie, dass der Vorwurf, ZGO würden sich überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzieren oder seien gar staatlich „durchalimentiert", kaum haltbar ist.

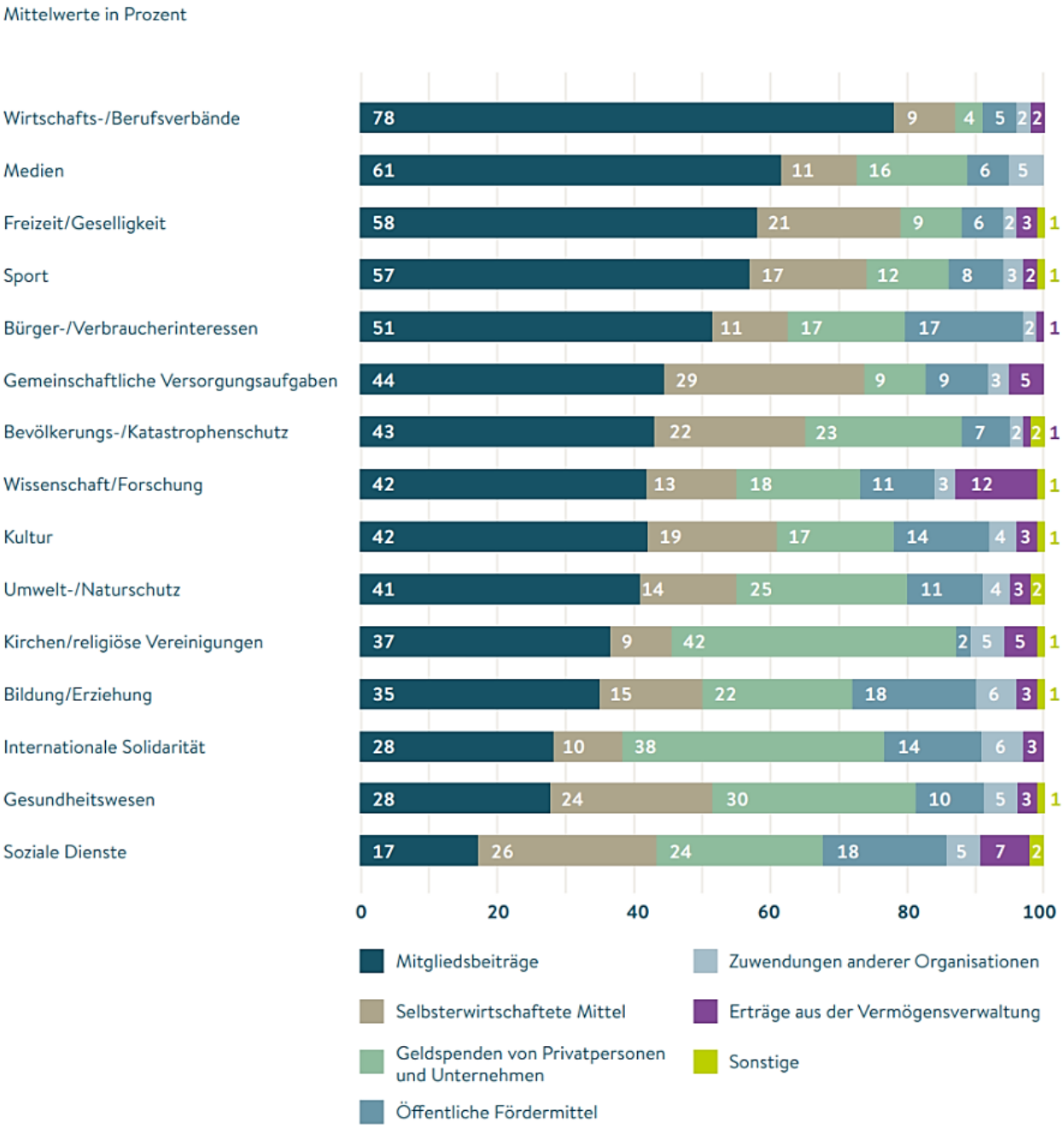
Der ZiviZ-Survey zeigt, dass in der Tat viele Organisationen Mittel aus öffentlichen Haushalten beziehen. Insgesamt erhalten 38 Prozent der Organisationen finanzielle Zuschüsse von Kommunen, Ländern, Bund oder der EU. In der sehr großen Gruppe der (zumeist) kleinen Organisationen mit einem Jahresbudget von unter 10.000 Euro, beträgt dieser Anteil 24 Prozent, in der kleinen Gruppe großer Organisationen mit einem Jahresbudget von über eine Million Euro 70 Prozent.

Weitaus bedeutsamer ist demgegenüber der Befund, dass öffentliche Mittel im gesamten Finanzierungsmix der Organisationen zumeist nur einen vergleichsweise geringen Anteil ausmachen. Bei einer durchschnittlichen Organisation stammen 11 Prozent des Jahresbudgets aus öffentlichen Kassen. Eine weitaus größere Bedeutung haben Formen der Innenfinanzierung – also Mitgliedsbeiträge, private Spenden, selbst erwirtschaftete Mittel oder Erträge aus der Vermögensverwaltung. Diese bilden die zentrale Basis der Finanzierung der Organisationen. Öffentliche Zuschüsse kommt damit in aller Regel nur eine ergänzende Funktion zu.

Auch wenn der Finanzierungsmix je nach Engagementfeld variiert, zeigt sich über alle Bereiche hinweg dasselbe Muster: Öffentliche Mittel machen in der Regel nur einen vergleichsweise kleinen Teil des Budgets aus (siehe Abbildung 4). Freizeit- und Sportvereine finanzieren sich zu rund 58 bzw. 57 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen, während der Anteil öffentlicher Mittel hier im einstelligen Bereich liegt. In Feldern, in denen gemeinwohlorientierte Leistungen für Dritte erbracht werden, fällt der Anteil öffentlicher Förderungen im Finanzierungsmix tendenziell etwas höher aus. So liegt er im Bildungsbereich und in den sozialen Diensten bei etwa 18 Prozent. Selbst in politisch besonders

beachteten Feldern wie dem Umwelt- und Naturschutz beträgt er lediglich 11 Prozent, im Bereich internationale Solidarität 14 Prozent. Diese Zahlen verdeutlichen, dass staatliche Mittel nur einen Teil des Finanzierungsportfolios ausmachen und keineswegs dominieren (Schubert et al. 2023).

**Abbildung 4: Finanzierungsmix nach Engagementfeld**



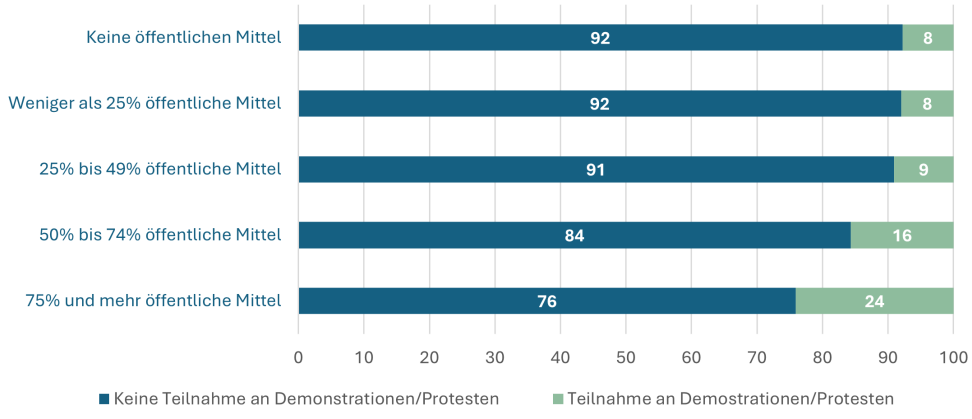

Quelle: ZiviZ-Survey 2023, Abbildung 23; N=10.091, gewichtet. Aufgrund von Rundungsabweichungen ergeben die Werte nicht immer die aggregierte Summe von 100.

Der Vorwurf, ZGO lebten überwiegend von öffentlichen Geldern, ignoriert also die enorme interne Differenzierung des Sektors. Er blendet aus, dass der größte Teil der Organisationen sich über Mitgliedsbeiträge, Eigenleistungen und Spenden finanziert – und dass staatliche Fördermittel, wo sie vergeben werden, in aller Regel projekt- bzw. zweckgebunden sind und ihre sachgemäße Verwendung durch von den Zuwendungsempfängern zu erbringenden Nachweispflichten, Rechenschaftsberichten etc. streng kontrolliert wird. Harms' pauschale Rede von den „staatlich alimentierten NGOs" erweist sich damit als empirisch nicht haltbar und analytisch verzerrend.

Wie „politisch" treten große Organisationen mit öffentlicher Finanzierung tatsächlich auf? Abbildung 5 zeigt für Organisationen mit einem Jahresbudget von mindestens 100.000 Euro, wie sich die Teilnahme an Demonstrationen in Abhängigkeit vom Anteil öffentlicher Mittel verhält. Unter Organisationen ohne öffentliche Förderung liegt der Anteil der politisch Aktiven bei lediglich 8 Prozent. Steigt der öffentliche Finanzierungsanteil auf mehr als drei Viertel des Budgets, erhöht sich dieser Wert zwar auf 24 Prozent. Doch auch in dieser Gruppe beteiligt sich die große Mehrheit – drei Viertel der Organisationen – nicht an Demonstrationen. Zur weiteren Einordnung: Organisationen mit einem Jahresbudget von über 100.000 Euro, die mindestens zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln finanziert werden und tatsächlich an Demonstrationen teilnehmen, machen in Deutschland lediglich rund 0,1 Prozent aller zivilgesellschaftlichen Organisationen aus.

Der häufig erhobene Vorwurf, der Staat finanziere systematisch politisch aktive NGOs und mache sie so zu einem verlängerten Arm der Politik, ist somit empirisch nicht haltbar. Vielmehr zeigt sich, dass die große Mehrheit der Organisationen mit öffentlicher Förderung in klassischen Handlungsfeldern wie Wohlfahrt, Bildung oder sozialer Infrastruktur tätig ist und kaum sichtbar in politische Auseinandersetzungen eingreift.

**Abbildung 5: Beteiligung an Demonstrationen/Protestaktionen von Organisationen mit Jahresbudget von mehr als 100.000 Euro nach Anteil öffentlicher Mittel im Finanzierungsmix** (Anteile in Prozent)




Datenbasis: ZiviZ-Survey 2023, N = 12.792, gewichtet.

### *Kritik fehlender demokratischer Legitimation*

Vor dem Hintergrund eines gerechten Interessenzugangs zu Politikentscheidungen erscheint der Ausbau zivilgesellschaftlicher *Advocacy*-Strukturen nicht als Machtverschiebung zugunsten einer „linken Agenda“, wie die Kritiker*innen es suggerieren, sondern vielmehr als notwendiger Beitrag zur Herstellung eines pluralistischen Gleichgewichts in der Interessenvertretung. Er stärkt die Artikulationsfähigkeit von Gruppen, die keine marktbasierten Ressourcen mobilisieren können, und ist damit demokratiepolitisch anschlussfähig an klassische pluralistischen Demokratietheorien: Demokratie lebt nicht nur vom Wettbewerb der Parteien, sondern auch vom Wettbewerb gesellschaftlicher Interessen und der institutionellen Offenheit, diese einzubringen (Schmidt 2008, S. 210f.). Der pauschale Verdacht, es finde eine „Umverteilung“ an Zugang zugunsten linker NGOs statt, verkennt also den grundlegenden asymmetrischen Ausgangspunkt: Zivilgesellschaftliche *Advocacy*-Organisationen treten gerade deshalb in den politischen Wettbewerb ein, um wirtschaftlich mächtigen Akteuren ein Gegengewicht gegenüberzustellen und bislang unterrepräsentierte Interessen sichtbar zu machen. Sie sind damit integraler Bestandteil eines pluralistischen Demokratieverständnisses – und führen nicht, wie die Kritiker*innen es nahelegen, zu dessen Aushöhlung.

Harms beispielsweise unterschlägt in seiner Argumentation zudem einen zentralen Aspekt: Zivilgesellschaft steht nicht ausschließlich oder vorrangig für progressive Themenlobbys, sondern wesentlich breiter für gemeinwohlorientierten Interessenpluralismus. Ihre Funktionen gehen über partikulare Forderungen hinaus und umfassen grundlegende Beiträge zur demokratischen Kultur: Dazu zählen die Kritik an parlamentarischer und exekutiver Politik insgesamt, die Einforderung von Transparenz, Rechenschaft und gesellschaftlicher Responsivität sowie die Mobilisierung und Artikulation von Anliegen, die in institutionellen Arenen unterrepräsentiert sind.

Zivilgesellschaftliche Organisationen wirken somit als Vermittler*innen zwischen Bevölkerung und Politik, eröffnen niedrigschwellige Formen der Partizipation und tragen dazu bei, demokratische Prozesse nicht auf Wahlen und Parteien zu verengen. Sie schaffen Räume, in denen Bürger*innen ihre Interessen und Werte jenseits institutioneller Kanäle formulieren können – und erfüllen damit zentrale Funktionen einer partizipativen Demokratie (Akbarian 2024). Die Argumentation der Akteure des Anti-NGO-Narrativs reduziert diesen komplexen Akteursverbund jedoch einseitig auf ideologisch motivierte Einflussnahme und verkennt damit sowohl die Breite als auch die demokratietheoretische Bedeutung zivilgesellschaftlicher Praxis.

Auch in Bezug auf die tatsächlichen Auswirkungen erscheint der Vorwurf einer übermäßigen oder gar dominanten Einflussnahme progressiver ZGO fragwürdig. Wenn linke und progressive Organisationen tatsächlich über einen so durchschlagenden politischen Einfluss verfügten, wie suggeriert wird, wäre zu erwarten, dass sich ihre Kernanliegen in zentralen Politikfeldern deutlich stärker niederschlagen. Die empirische Realität spricht jedoch eine andere Sprache: Im Bereich der Migrationspolitik etwa hat sich das deutsche Recht in den letzten Jahren kontinuierlich verschärft, mit mehr Restriktionen, beschleunigten Verfahren und ausgeweiteten Abschieberegelungen. Gleichzeitig nimmt die Zahl rechtsextremer Gewalttaten zu, ohne dass Antirassismus- oder Antidiskriminierungsinitiativen hier einen messbaren politischen Gegentrend durchsetzen könnten (Verfassungsschutzbericht 2023).

Auch in der Klimapolitik fällt auf, dass trotz der starken medialen Präsenz von Bewegungen wie *Fridays for Future* oder *Extinction Rebellion* die faktische Umsetzung progressiver Maßnahmen schleppend verläuft: Wichtige Transformationsentscheidungen werden vertagt, industriefreundliche Kompromisse dominieren und ambitionierte $CO_2$-Reduktionsziele werden wiederholt abgeschwächt. Diese Diskrepanz zwischen wahrgenommenem Einfluss progressiver NGOs und den realpolitischen Ergebnissen legt nahe, dass ihre tatsächliche Steuerungskapazität stark überschätzt wird.

### *Ökonomische Interessen hinter Gemeinnützigkeit?*

Der erhobene Vorwurf, zivilgesellschaftliche Organisationen dienten vor allem der Pfründesicherung, Postenschaffung oder gar persönlichen Bereicherung, erscheint bei näherer Betrachtung stark überzogen. Zwar ist der Arbeitsmarkt im Dritten Sektor in den letzten Jahren gewachsen: Analysen des IAB-Betriebspanels zeigen, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigten zwischen 2007 und 2016 von 2,9 auf 3,7 Millionen gestiegen ist (Hohendanner et al. 2019), und der aktuelle ZiviZ-Survey bestätigt diesen Trend für Organisationen, die bereits über bezahltes Personal verfügen. Doch bedeutet dieses Wachstum keineswegs, dass es sich um einen reichen oder privilegierten Beschäftigungssektor handelt.

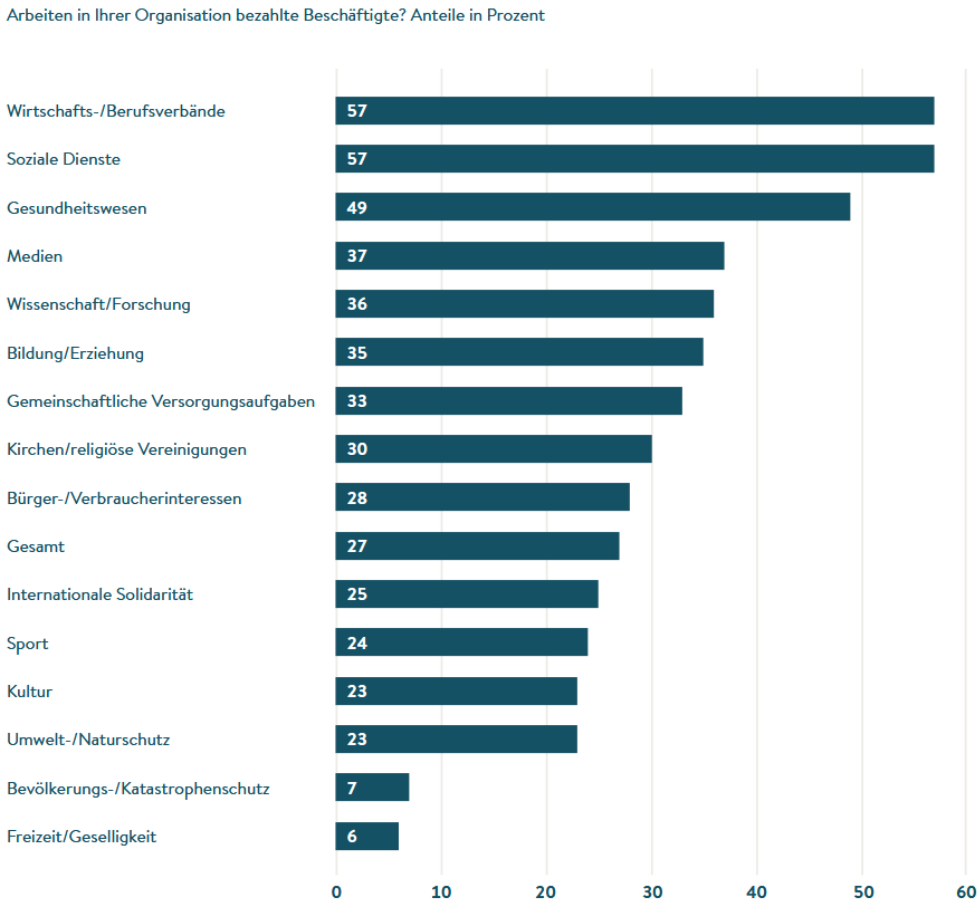
In Wahrheit verfügen zudem lediglich 27 Prozent der ZGO in Deutschland überhaupt über bezahlte Beschäftigte (Schubert et al. 2023). Jede vierte der nicht ausschließlich auf Freiwilligkeit arbeitenden Organisationen verfügt nur über eine bezahlt beschäftigte Person. Unter allen ZGO in Deutschland haben nur 2,5 Prozent mehr als 50 bezahlte Beschäftigte – diese Organisationen sind fast ausschließlich in den Bereichen der sozialen Dienste, der Bildung und im Gesundheitswesen aktiv (Schubert et al. 2023).

War der Anteil der Organisationen mit bezahlten Beschäftigten zwischen 2012 und 2016 noch von 21 auf 28 Prozent angestiegen, so verblieb er bis 2023 mit 27 Prozent auf vergleichbarem Niveau. Eine flächendeckende Professionalisierung ist dementsprechend nicht festzustellen.

Der Arbeitsmarkt des Dritten Sektors in Deutschland ist zudem durch spezifische Strukturen gekennzeichnet, die ihn deutlich von der Privatwirtschaft unterscheiden. Laut Priller und Zimmer (2018) sind dort überwiegend Frauen beschäftigt, oft in Teilzeitmodellen, die mitunter nicht freiwillig gewählt sind. Ein hoher Anteil der Arbeitsverhältnisse ist befristet, was sowohl mit projektbasierter Finanzierung als auch mit unsicheren Mittelausstattungen zusammenhängt. Viele Tätigkeiten sind zudem prekär ausgestaltet, mit niedrigen Löhnen, unsicheren Perspektiven und begrenzten Aufstiegsmöglichkeiten, was durch die hohe intrinsische Motivation der Beschäftigten oft überlagert wird (Zimmer/Priller/Paul 2017).

Bei den im Anti-NGO-Narrativ beschuldigten ZGO, die vermehrt aus den Bereichen Bürgerinteressen, Internationale Solidarität und Umwelt- und Naturschutz kommen, liegen die Zahlen der hauptamtlichen Mitarbeiter*innen alle unterhalb eines Drittels (siehe Abbildung 6), es sind also mitnichten üppig ausgestattete Joboasen.

**Abbildung 6: Anteil der Organisationen mit bezahlten Beschäftigen nach Engagementfeld**




Quelle: ZiviZ-Survey 2023, Abbildung 19; N = 12.660, gewichtet.

Der Vorwurf, ZGO seien Orte überhöhter Gehälter und persönlicher Bereicherung, hält einer empirischen Überprüfung ebenfalls nicht stand. Ein Blick auf aktuelle Gehaltsdaten aus dem ZGO-Sektor in Deutschland zeigt ein deutlich differenzierteres Bild: Die allermeisten Organisationen sind klein strukturiert – 60 Prozent haben nur 1 bis 10 Mitarbeitende, lediglich 6 Prozent verfügen über mehr als 100 Beschäftigte. Die Gehälter bewegen sich auf einem moderaten Niveau: Geschäftsführer*innen verdienen im Median 85.000 Euro brutto jährlich, Programm- und Fundraising-Manager*innen zwischen 52.000 Euro und 55.000 Euro, Operations- oder PR-Referent*innen etwa 51.000 Euro. Verglichen mit vergleichbaren Positionen in der Privatwirtschaft liegen diese Gehälter im unteren bis mittleren Bereich und spiegeln keineswegs eine privilegierte Einkommenssituation wider (Talents4Good 2025).

Zudem leiden viele NGOs unter strukturellen Problemen, die dem Bild des „reich ausgestatteten" Sektors fundamental widersprechen: Rund 40 Prozent der Organisationen berichten von Personalfluktuation aufgrund zu niedriger Gehälter und 22 Prozent nennen die Bezahlung als eines der größten Hindernisse bei der Personalgewinnung (ebd.).

Im Anti-NGO-Narrativ werden somit die strukturellen Realitäten zugunsten eines verzerrten Bildes ignoriert, das Professionalität und institutionellen Ausbau fälschlicherweise mit Machtakkumulation und persönlicher Bereicherung gleichsetzt. Tatsächlich steht der Ausbau hauptamtlicher Strukturen im Dritten Sektor nicht für die Entstehung einer „Profitmaschinerie", sondern für die notwendige Absicherung gemeinwohlorientierter Arbeit in einem zunehmend komplexen und ressourcenintensiven Umfeld.

### *Fehlende Transparenz und Kontrolle*

Das Anti-NGO-Narrativ erhebt regelmäßig den Vorwurf mangelnder Transparenz und unzureichender Kontrolle zivilgesellschaftlicher Organisationen. Unklar bleibt dabei jedoch, ob sich diese Transparenzforderungen auf die Verwendung öffentlicher Fördermittel beziehen, und somit primär die staatlichen Förderinstitutionen adressieren, oder ob gemeinwohlorientierte Organisationen selbst als Adressaten dieser Forderungen gemeint sind.

In beiden Fällen erscheinen die Vorwürfe weniger Ausdruck eines konsistenten normativen Anspruchs als vielmehr einer selektiven Instrumentalisierung des Transparenzparadigmas. Insbesondere Organisationen mit menschenrechtlicher, antirassistischer oder feministisch-progressiver Agenda geraten dabei ins Visier gesteigerter Offenlegungsforderungen, während analoge Anforderungen an wirtschaftlich dominierte Interessenvertretungen auffallend ausbleiben.

Dieses selektive Vorgehen wirkt wie ein strategisches „Cherry Picking“ – ein rhetorisches und politisches Verfahren, das gezielt Teilbereiche der Zivilgesellschaft unter pauschalen Verdachtslogiken delegitimiert, ohne jedoch systemische Transparenzdefizite in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen gleichermaßen zu adressieren – so lehnte die AfD beispielsweise die Pflicht, dass Abgeordnete jedes Treffen mit Lobbyist*innen veröffentlichen müssen, oder die Einrichtung einer unabhängigen Ethikbehörde zur Lobbykontrolle von EU-Institutionen im EU-Parlament ab (Abgeordnetenwatch 2021).

Zudem ignoriert das Narrativ die tatsächliche Regulierungssituation im gemeinnützigen Sektor. So existieren bereits heute umfangreiche Berichts-, Prüf- und Veröffentlichungspflichten – insbesondere bei steuerbegünstigten Organisationen (§ 52 AO) und im Rahmen der Zuwendungsrichtlinien der öffentlichen Hand.

Zivilgesellschaftliche Organisationen unterliegen allerdings keiner übergreifenden statistischen Erfassung – es fehlen standardisierte, belastbare Daten über Vermögensbestand, Einnahmenstruktur und Mittelverwendung auf Sektorebene. Das unterscheidet Deutschland etwa vom Vereinigten Königreich, wo das *Charity Commission Register* flächendeckend Auskunft über Budgets, Aktivitäten und Governance-Strukturen von gemeinnützigen Organisationen bietet (Charity Commission). Der gegenwärtige Zustand in Deutschland ist durch ein Nebeneinander verschiedenster Register geprägt – vom Vereinsregister, Lobbyregister oder Zuwendungsempfängerregister (ZER). Diese Register sind weder interoperabel noch konsolidiert auswertbar, was einen ganzheitlichen Blick auf unsere Zivilgesellschaft erschwert.

Es besteht insofern eine Reformnotwendigkeit, was die systematische Transparenz über zivilgesellschaftliche Strukturen im Gesamten betrifft.

Beispielhaft lässt sich dies am Bereich der Stiftungen illustrieren: Stiftungskapital ist in Deutschland kaum aggregiert erfassbar, weil es weder eine einheitliche Publikationspflicht noch eine zentrale Datenbank gibt. Ein geplantes bundesweite Stiftungsregister soll zum Januar 2026 beim Bundesamt für Justiz eingeführt werden und rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts zentral, öffentlich und mit Publizitätswirkung erfassen. Es enthält grundlegende Angaben wie Name, Sitz, Anerkennungsdatum, vertretungsberechtigte Personen sowie bei Verbrauchsstiftungen auch Angaben zur Dauer der Zweckverfolgung; in bestimmten Fällen ist auch die Satzung einsehbar. Damit entsteht eine einheitliche, rechtsverbindliche Informationsgrundlage, die bisherige intransparente Länderpraxis ablöst, jedoch keine umfassende Einsicht in Vermögens- oder Mittelverwendungspflichten vorsieht (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2025).

Sektoreigene, selbstverpflichtende Transparenzinitiativen wie die Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ) haben bisher noch nicht die Reichweite erreicht, um flächendeckend zu wirken. Die ITZ empfiehlt gemeinnützigen Organisationen, zehn grundlegende Informationen freiwillig offenzulegen, darunter: die Herkunft ihrer Mittel (z. B. Spenden, öffentliche Förderungen), deren Verwendung (z. B. Personalkosten, Projektarbeit) sowie Entscheidungsstrukturen (z. B. Gremien, Verantwortlichkeiten) (Initiative Transparente Zivilgesellschaft 2025).

Es bleibt jedoch festzuhalten: Ein konsistenter Transparenzdiskurs muss sektorübergreifend geführt werden und sowohl Staat, Wirtschaft als auch Zivilgesellschaft gleichermaßen adressieren. Transparenz darf nicht als Mittel zur politischen Disziplinierung unliebsamer Akteure instrumentalisiert werden, sondern muss auf nachvollziehbare, einheitliche und faire Kriterien gestützt sein, die für alle Bereiche gelten. Eine Transparenzforderung, die selektiv nur gegenüber denjenigen erhoben wird, deren politische Ausrichtung einem nicht passt, entlarvt sich als strategisches Mittel zur Delegitimierung, nicht als ein ernst gemeinter Beitrag zu demokratischer Kontrolle.

### *Zensur und Einschränkung der Meinungsfreiheit*

Ein weiterer zentraler Vorwurf im Anti-NGO-Narrativ – nämlich jener der angeblichen Zensur durch zivilgesellschaftliche Organisationen – erweist sich bei genauerer Betrachtung als begrifflich unscharf und politisch hochgradig instrumentell. Es wird behauptet, ZGO würden Meinungsfreiheit einschränken, indem sie abweichende oder konservative Positionen öffentlich sanktionierten (Harms 2025: S. 158f.).[4] Was dabei verkannt wird: ZGO verfügen über keinerlei staatliche Gewalt – sie können weder rechtlich noch institutionell jemanden zum Schweigen bringen. Wer ihnen „Zensur" vorwirft, ignoriert die klare juristische Definition dieses Begriffs: Zensur im eigentlichen Sinne meint staatliche Eingriffe in die Meinungsäußerung, nicht jedoch öffentliche Kritik, Widerspruch, Boykottaufrufe oder digitale Gegenrede.

Die Behauptung, NGOs würden durch ihre Aktivitäten Meinungsfreiheit einschränken oder „Zensur" betreiben, ignoriert die empirische Realität zunehmender Hassrede im digitalen Raum – und verkennt den eigentlichen Kontext, in dem zivilgesellschaftliche Interventionen stattfinden. Aktuelle Daten zeigen eine deutliche Verschärfung: Laut einer repräsentativen FORSA-Studie im Auftrag der Landesanstalt für Medien NRW gaben im Jahr 2024 42 Prozent der Befragten an, häufig bis sehr häufig Hasskommentare im Netz zu sehen – ein signifikanter Anstieg gegenüber 34 Prozent im Jahr 2020 (Landesanstalt für Medien NRW 2024). Diese Entwicklung betrifft keineswegs nur Einzelpersonen oder Extremränder, sondern ist zu einem strukturellen Problem demokratischer Öffentlichkeit geworden. Auch die offizielle Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts bestätigt laut Spiegel diesen Befund: Die Zahl der registrierten Hasspostings hat sich innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt – von 3.396 auf 8.011 Fälle (Spiegel 2024). Besonders auffällig ist der Anstieg im Bereich fremdenfeindlicher und antisemitischer Äußerungen. Es handelt sich dabei nicht um bloße Meinungsäußerungen, sondern um systematische Angriffe auf Menschen und Gruppen, oft mit dem Ziel, sie aus öffentlichen Debatten zu verdrängen oder einzuschüchtern.

In diesem Kontext als Reaktion agierende ZGO pauschal als „Zensurakteure" zu diffamieren, ist analytisch verzerrend. ZGO verfügen über keinerlei hoheitliche Befugnisse. Sie stellen Öffentlichkeit her, benennen Missstände, solidarisieren sich mit Betroffenen – und verteidigen damit demokratische Diskursräume, die durch Hassrede zunehmend unter Druck geraten. Ihre Interventionen sind nicht Ausdruck autoritärer Macht, sondern notwendige zivilgesellschaftliche Gegenrede in einer polarisierten Öffentlichkeit.

[4] Siehe auch Fußnote 3 (oben).

Der Vorwurf der „Zensur“ wird also strategisch eingesetzt: Rechte und reaktionäre Akteure nutzen ihn, um Kritik an diskriminierenden Aussagen als illegitimen Eingriff umzudeuten. Sie versuchen, abwertende oder demokratiefeindliche Positionen als bloße „abweichende Meinung“ zu normalisieren – und brandmarken jede Form zivilgesellschaftlicher Gegenwehr als „Cancel Culture“. Diese Form der Diskursverschiebung ist keineswegs zufällig, sondern wurde in den letzten Jahren gezielt theoretisiert und praktiziert, etwa im Umfeld der Neuen Rechten (vgl. Weiß 2017).

Kurzum: Der Begriff der „Zensur“, so wie er von den Akteuren des Anti-NGO-Narrativs verwendet wird, verkehrt demokratische Abwehrmechanismen in ein autoritär klingendes Bedrohungsszenario. Damit verdreht er die Rollen – aus zivilgesellschaftlicher Gegenrede wird angebliche Meinungsunterdrückung, aus demokratischer Kritik wird ein Angriff auf Freiheit. Das ist diskursstrategisch wirksam, analytisch jedoch unhaltbar.

## Rhetorik der Polarisierung

Zuletzt noch ein paar Gedanken zum Sprachgebrauch des Anti-NGO-Narrativs, die sich stellvertretend am Beispiel von Harms Buch ableiten lassen. Obwohl Harms sich als wissenschaftlicher Analyst positioniert, arbeitet er immer wieder mit polemischen und unsachlichen Elementen. Seine Überschriften „Menschenhandeln statt Lebensrettung“ (S.221) und Wörter wie „LGBTQ Wahnsinn“ (S.181) oder „vorgegebene „Sprachregime“ (S. 25) tragen einen abwertenden Subtext, der sich schwer mit einem rein analytischen Anspruch vereinbaren lässt und unterläuft damit die Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Argumentation und polemischem Meinungsjournalismus.

An folgendem Zitat zeigen sich beispielhaft die rhetorischen Strategien, die bewusst auf Abwertung und Skandalisierung abzielen.

> „Natürlich wird der wachsende Bürokratieapparat der NGOs auch aus anderen Ministerien gefüttert […] Sie alle überweisen Millionen Euro an selbst ernannte Nichtregierungsorganisationen. […] In jeder Landeregierung gibt es ein >Ideologieministerium<, über das ein Großteil der örtlichen NGOs gefördert wird.“ (Harms 2025, S.55)

Die Wortwahl ist aufgeladen; statt neutral von „finanziert“ oder „gefördert“ zu sprechen, nutzt Harms den Ausdruck „gefüttert“, der Assoziationen von Passivität, Abhängigkeit und tierischer Bedürftigkeit weckt. Mit der Formulierung „selbst ernannte Nichtregierungsorganisationen“ wird zudem suggeriert, NGOs seien keine rechtlich oder institutionell anerkannten Akteure, sondern hätten sich willkürlich einen privilegierten Status zugeschrieben – was faktisch falsch ist, da die Anerkennung als gemeinnützig oder als e. V. staatlich geprüft und reguliert ist. Besonders polemisch ist schließlich der Begriff „Ideologieministerium“, der in keiner Landesregierung existiert, aber ein

Bild von gezielter, institutionalisierter Weltanschauungspolitik erzeugt und intertextuelle Anleihen an Dystopienerzählungen George Orwell oder Suzanne Collins assoziiert. Neben dieser abwertenden Sprache arbeitet die Passage mit Übertreibung und Generalisierung. Sie behauptet pauschal, dass *alle* Ministerien Millionen an NGOs überweisen und *jede* Landesregierung ein solches „Ideologieministerium" betreibe – ohne zwischen Ressorts, Fördersummen oder Organisationstypen zu differenzieren. Dahinter steht eine suggestive Verkettung: Staatliche Förderung führt angeblich zu ideologischer Steuerung, die wiederum einen bürokratischen Apparat aufbaut, der sich verselbstständigt und politischen Einfluss jenseits demokratischer Legitimation ausübt. Insgesamt zeigt sich hier, wie Harms reale Aspekte – etwa staatliche Förderpraxis oder ZGO-Professionalisierung – aufgreift, sie aber in einen polemischen und skandalisierenden Deutungsrahmen einbettet. Die Passage lebt von emotionalisierter Sprache, Übertreibung und der Konstruktion suggestiver Kausalitäten, die analytisch kaum tragfähig, aber politisch wirkmächtig sind. Diese angeführte Rhetorik der Polarisierung wird nicht nur von Harms, sondern auch von den anderen Akteuren des Anti-NGO-Narrativs angewendet.

## Fazit

Die Kritik am zivilgesellschaftlichen Sektor folgt einer klaren Logik: Was unbequem ist, muss diskreditiert werden – durch Pauschalisierung, selektive Empörung, Skandalisierung und Überspitzung. Die Analyse zeigt jedoch: Das Anti-NGO-Narrativ operiert mit empirisch kaum haltbaren Thesen, strategischen Verkürzungen und einer bemerkenswerten Ignoranz gegenüber Forschungslage und Verfassungslage. Es konstruiert eine Bedrohung durch „linke Lobbygruppen", während wirtschaftsnahe oder konservative Akteure diskursiv unsichtbar bleiben.

Statt einer strukturellen Machtkritik bleibt es bei einem ideologischen Zerrbild, das professionelle Organisationsstrukturen mit Machtübernahme verwechselt und gemeinwohlorientiertes Engagement mit Pfründesicherung. Was bleibt, ist der Versuch einer politischen Delegitimierung unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeitsdebatte. Dieser Versuch ist weder neu noch sonderlich originell – aber in der gegenwärtigen Polarisierung durchaus wirksam. Umso wichtiger ist es, mit empirischer Substanz und einem Mindestmaß an intellektuellem Anstand zu antworten. Die Zivilgesellschaft ist kein homogenes Machtkartell, sondern ein komplexes Geflecht pluraler Interessen, das in der Demokratie nicht das Problem ist, sondern – in aller Ambivalenz – Teil ihrer Lösung.

# Literatur


Abgeordnetenwatch (2021). Einrichtung einer unabhängigen Ethikbehörde zur Lobbykontrolle von EU-Institutionen. https://www.abgeordnetenwatch.de/eu/9/abstimmungen/einrichtung-einer-unabhaengigen-ethikbehoerde-zur-lobbykontrolle-von-eu-institutionen

Akbarian, Samira, (2024). Recht brechen: Eine Theorie des zivilen Ungehorsams. C.H.Beck, 2024/1 Online-Ressource (172 S.), Beck Paperback; 4610.

Anheier, Helmut K. (2014). Nonprofit Organizations: Theory, Management, Policy 3rd Edition, Routledge: London/New York.

Bundesamt für Justiz (2025). Zusammenstellung der Geschäftsübersichten der Amtsgerichte für die Jahre 1995 bis 2023. https://www.bundesjustizamt.de/SharedDocs/Downloads/DE/Justizstatistiken/Geschaeftsentwicklung_Amtsgerichte.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) & Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2024). Verfassungsschutzbericht 2023.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (BDS) (2025). Neues Stiftungsregister ab 2026: Was geplant ist und was wir fordern. https://www.stiftungen.org/aktuelles/news-aus-stiftungen/detail/neues-stiftungsregister-ab-2026-was-geplant-ist-und-was-wir-fordern-13986.html

Bundesverband Deutscher Stiftungen (2025). Zahlen und Daten. https://www.stiftungen.org/stiftungen/zahlen-und-daten.html

Charity Commission for England and Wales. Register of Charities. https://register-of-charities.charitycommission.gov.uk/

CSU (2025). Deutschland wieder in Ordnung bringen. Bayern stark in Deutschland. Unsere Bayern Agenda zur Bundestagswahl 2025. https://www.csu.de/common/download/Bayern-Agenda_zur_Bundestagswahl2025.pdf

Deutscher Bundestag (2025). Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen. Drucksache 20/15035. https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015035.pdf.

Hohendanner, Christian; Priemer, Jana; Rump, Boris & Schmitt, Wolfgang (2019). Zivilgesellschaft als Arbeitsmarkt. In H. Krimmer (Hrsg.), Datenreport Zivilgesellschaft, Bürgergesellschaft und Demokratie (S. 93–112). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22958-0_5

Holman, Craig & Luneburg, William (2012). Lobbying and Transparency: A Comparative Analysis of Regulatory Reform. Interest Groups & Advocacy, vol. 1, no. 1, 2012, pp. 75–104, https://doi.org/10.1057/iga.2012.4.

Hummel, Siri (2024). Was ist Zivilgesellschaft. In: Praxis Politik & Wirtschaft 20 (4), S. 4–8.

Hummel, Siri; Pfirter, Laura (2023). Gut beraten? OBS-Arbeitspapier 57: Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Sachverständigengremien. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.

Hummel, Siri; Nicke, Sascha; Oellers, Janek (2025): Der Anti-NGO-Diskurs - Angriffe auf die Zivilgesellschaft in der medialen Öffentlichkeit. Berlin: Maecenata (Opusculum Nr. 201). In Veröffentlichung.

Hüttemann, Bernd (2014). Lobbyismus in der partizipativen Demokratie. Jahrbuch der Europäischen Integration.

Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ): https://www.transparente-zivilgesellschaft.de/

Kleinfeld, Ralf (Hrsg.) (2007). Lobbying: Strukturen, Akteure, Strategien. 1. Aufl, VS, Verl. für Sozialwiss.

Lange, Timo; Deckwirth, Christina; Jähnert, Martin; Sawatzki, Annette (2021). Lobbyreport 2021. Beispiellose Skandale – Strengere Lobbyregeln: Eine Bilanz von Vier Jahren Schwarz-Rot. https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyreport-2021_Beispiellose-Skandale-strengere-Lobbyregeln.pdf

Landesanstalt für Medien NRW 2024: HATE SPEECH FORSA-STUDIE 2024 https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/Forschung/forsa_Hassrede/LFMNRW_Hatespeech_forsa_2024.pdf

Netzwerk Recherche (2022): Transparenzregister: Mangelhaft bis unbrauchbar. https://netzwerkrecherche.org

Reutter, Werner (2012). Deutschland. Verbände zwischen Pluralismus, Korporatismus und Lobbyismus. Verbände und Interessengruppen in den Ländern der Europäischen Union, VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 129–64. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19183-6_5

Schmidt, Manfred G. (2008). Demokratietheorien. Eine Einführung (4., aktualisierte und erweiterte Auflage). Wiesbaden: Springer VS.

Schiffers, Maximilian (2016). Lobbying-Forschung und Interessengruppeneinfluss. Zeitschrift für Politikwissenschaft, vol. 26, no. 4, pp. 479–90. https://doi.org/10.1007/s41358-016-0065-9

Schubert, Peter; Kuhn, Daniel & Tahmaz, Birthe (2023). Der ZiviZ-Survey 2023: Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotenziale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken. Berlin: ZiviZ im Stifterverband. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_hauptbericht.pdf

DER SPIEGEL (6. Juni 2024). BKA: Behörden durchsuchen mehr als 70 Wohnungen wegen Hass im Netz. https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/bka-behoerden-durchsuchen-mehr-als-70-wohnungen-wegen-hass-im-netz-a-205a26eb-f93c-4ba2-a2a6-2fe4b7f2aba9?sara_ref=re-xx-cp-sh

Spohr, Florian; Bernhagen, Patrick; Krüger, Krispin (2025). Subnational Lobbying on National Policymaking: Evidence From Germany. Governance. 38. 10.1111/gove.70012.

Spohr, Florian (2023). Lobbyismus? Frag doch einfach!

Strachwitz, Rupert Graf (2025). Generalangriff auf die Zivilgesellschaft? Berlin: Maecenata (Opusculum 199). https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/100970

Strachwitz, Rupert Graf; Triebe, Benjamin; Priller, Eckhard (2020). Handbuch Zivilgesellschaft. De Gruyter.

Talents4Good (2025). Gehaltsreport Non-Profit-Sektor 2025. https://talents4good.org/download-gehaltsstudie-fuer-non-profit-organisationen

Von Winter, Thomas (2024). Lobbyismus in der deutschen Politik: Ein Überblick. 1. Auflage, utb GmbH.

Weiß, Volker (2017). Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Klett Verlag

Zimmer, Annette and Priller, Eckhard (2018). Frauen im Nonprofit-Sektor: Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, vol. 31, no. 1-2, pp. 225-233. https://doi.org/10.1515/fjsb-2018-0026

Zimmer, Annette; Priller, Eckhard; Paul, Franziska (2017): Karriere im Nonprofit-Sektor? Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen von Frauen. 1. Aufl. Münster: Zentrum für Europäische Geschlechterforschung (ZEUGS) Working Paper, Special Issue 2017.

## Reihe Opuscula

www.maecenata.eu/publikationen/opuscula/

| | | |
|---|---|---|
| 2023 | Nr. 181 & 182 | **Der Gesellschaft etwas schenken: Ein Theorie-Praxis-Dialog**<br>*Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.)* |
| | Nr. 183 | **Geldgeber – NGO Beziehungen im Bereich Menschenhandel:** Eine polit-ökonomische Analyse des Inter-NGO-Konflikts im Politikfeld Menschenhandel<br>*Michelle Greiner* |
| | Nr. 184 | **Demonstrationsfreiheit in der Schweiz – Ein Präzedenzfall für den Shrinking Civic Space?**<br>*Laura Pfirter* |
| 2024 | Nr. 185 | **Neue Fragen zum bürgerschaftlichen Raum: 3 Beiträge**<br>*Rupert Graf Strachwitz* |
| | Nr. 186 | **Civil Society is Here to Stay! A Report on the Shrinking Civic Space Project (2019-2023)**<br>*Siri Hummel, Rupert Graf Strachwitz* |
| | Nr. 187 | **Die humanitären Prinzipien im Wandel der Zeit: Realität oder Relikt?**<br>*Jan-Christoph Deinet* |
| | Nr. 188 | **Zivilgesellschaft in Deutschland. Daten, Fakten, Entwicklungen**<br>*Hagen Troschke* |
| | Nr. 189 | **Israel, Hamas, Palästina – Ein Thema für zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland**<br>*Michael Ernst-Pörksen* |
| | Nr. 190 | **Rotary in Ukraine – Findings of an Accompanying Research Project**<br>*Eckhard Priller, with the collaboration of Malte Schrader* |
| | Nr. 191 | **Protest and Support – The Dual Role of Israels Civil Society in 2023**<br>*Benjamin Gidron, Hagai Katz* |
| | Nr. 192 | **Civil Society in Germany – Data, Facts, Developments**<br>*Hagen Troschke* |
| | Nr. 193 | **Warum lösen sich Vereine auf? Strukturen und Gründe von Vereinslöschungen**<br>Eine Analyse auf den Grundlagen von Vereinsregistern und einer Befragung von gelöschten Vereinen<br>*Siri Hummel, Eckhard Priller* |
| | Nr. 194 | **Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft:** Anspruch und Wirklichkeit.<br>*Rupert Graf Strachwitz* |
| | Nr. 196 | **Die Entwicklung von ehrenamtlichem Engagement in Krisenzeiten am Beispiel der Coronapandemie**<br>Nina Kaufmann |
| | Nr. 197 | **Die Leveller:** Ein Ausschnitt der politischen Theorie Englands im 17. Jahrhundert<br>Rupert Graf Strachwitz |
| 2025 | Nr. 195 | **Zivilgesellschaftliches Kulturengagement:** Ein Lagebericht.<br>Siri Hummel, Eckhard Priller unter Mitarbeit von Finn Büttner, Florian Faltenbacher, Janek Oellers und Julian Kleeberg |
| | Nr. 198 | **Reduktion sozialer Ungleichheiten durch freiwilliges Engagement?** Forschungsstand und Forschungsansätze.<br>Christin Jauch |
| | Nr. 199 | **Generalangriff auf die Zivilgesellschaft?** Überlegungen für die Entwicklung der Demokratie.<br>Rupert Graf Strachwitz. |

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-104718-8
**ISSN** (Opuscula) 1868-1840